

Ressort: Finanzen

DIW fordert Sonderwirtschaftszonen für Euro-Krisenländer

Berlin, 16.11.2012, 13:44 Uhr

GDN - Um die Talfahrt in Krisenländern wie Spanien, Italien, Portugal und Griechenland zu stoppen, schlägt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen vor. "Zwar hat der Beschluss der Europäischen Zentralbank, am Kapitalmarkt bei Bedarf die Wertpapiere von Defizitländern notfalls aufzukaufen, für eine gewisse Entspannung gesorgt. Allerdings ist die Konsolidierungspolitik noch durch weitere Maßnahmen zu flankieren, um ihren Erfolg zu sichern", sagte der Leiter der Abteilung Makroökonomie am DIW, Christian Dreger, "Handelsblatt-Online".

"Dazu gehören wachstumsstimulierende Programme in den Südländern, beispielsweise die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen." Auch die anstehende Umstrukturierung des EU-Haushalts könne unterstützend wirken, fügte Dreger hinzu. "Dabei ist jedoch eine kritischere Evaluierung wachstumsfördernder Programme erforderlich." Dreger sieht die Politik in der Pflicht, rasch zu handeln, da die Schuldenkrise im Euroraum "noch längst nicht überwunden" sei. "Insbesondere die Südländer stecken in einer tiefen Rezession, die durch ihre Konsolidierungsanstrengungen kurzfristig verschärft wird", sagte der DIW-Ökonom. Hintergrund sind Daten der Statistikbehörde Eurostat, die am Donnerstag veröffentlicht worden waren. Demnach konnte auch ein leichtes Wachstum der beiden Schwergewichte Deutschland und Frankreich nicht verhindern, dass die Wirtschaft der 17 Euro-Mitgliedsstaaten im Sommer erneut schrumpfte. Das Bruttoinlandsprodukt sank zwischen Juli und September um 0,1 Prozent zum Vorquartal. Bereits im Frühjahr war die Wirtschaft um 0,2 Prozent geschrumpft. Bei zwei Minus-Quartalen in Folge sprechen Fachleute von einer Rezession. Während Deutschland und Frankreich als größte Volkswirtschaften des Währungsraums noch zulegen konnten, ging die Talfahrt in den Krisenländern weiter.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-2448/diw-fordert-sonderwirtschaftszonen-fuer-euro-krisenlaender.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com